

INHALT

2. Tagung des 7. Parteitag	2
Zum 80. Jahrestag des Überfalls	3
Friedrich Engels (Teil 3)	5
Jahresbericht des Rechnungshofes	8
Interview mit Ingrid Krauss	9
Der Schatzmeister	12
Termine	12



Erklärung des Landesvorstandes

Der Landesvorstand von DIE LINKE. Thüringen hat am Abend des 16. Juli über die Zurückziehung des Antrages auf Selbstauflösung und Neuwahl des Thüringer Landtags beraten.

Der Landesvorstand von DIE LINKE. Thüringen hielt und hält die Neuwahl des Thüringer Landtages für die einzig mögliche politische Reaktion auf den Tabubruch von CDU und FDP am 5. Februar 2020, versteht jedoch die Gründe, die die LINKE Landtagsfraktion dazu bewogen hat, den Antrag auf Auflösung des Landtages zurückzuziehen.

Entgegen ihren Beteuerungen konnte die CDU-Landtagsfraktion die nötigen Stimmen für die zur Auflösung des Landtags erforderliche 2/3 Mehrheit nicht glaubhaft beibringen. Die angekündigte Enthaltung der FDP machte die Mehrheitsfindung im demokratischen Lager dann endgültig unmöglich.

Die unterschiedlichen Reaktionen auf die Entscheidung der Landtagsfraktion nehmen wir zum Anlass, gemeinsam mit den unterschiedlichen Akteuren und Bündnissen über die neue Situation im Freistaat zu sprechen. Der Gefahr des Einflusses der extrem rechten AfD müssen sich die demokratischen Kräfte gemeinsam stellen.

Deine Spende unterstützt
DIE starke Stimme
 für eine gerechte,
 friedliche und
 nachhaltige Politik.
DIE LINKE.

DIE LINKE
 ist die einzige im
 Bundestag vertretene
 Partei, die keine
 Großspenden von
 Konzernen, Banken,
 Versicherungen und
 Lobbyisten annimmt.
 Mit Deiner Spende
 kannst du uns
 unterstützen.

Die Bankdaten unseres Kreisverbandes
 findest du auf der letzten Seite!

2. Tagung des 7. Parteitags



Wahlprogrammparteitag 2021

Die 2. Tagung des 7. Parteitages, der Wahlprogrammparteitag 2021, hat am 19. und 20. Juni 2021 stattgefunden. Der Parteitag hat das Wahlprogramm "Zeit zu handeln. Für soziale Sicherheit, Frieden und Klimagerechtigkeit" für die Bundestagswahlen am 26. September 2021 beraten und beschlossen. Außerdem wurden die Bundesschiedskommission und die Bundesfinanzrevisionskommission neu gewählt und weitere Anträge beschlossen.

Der Parteitag fand dabei in fast schon gewohnter Weise in digitaler Form statt, sodass unsere Genossinnen und Genossen diesen wieder von Zuhause aus mitgestalten konnten. Das macht auf der einen Seite lange Anreisewege unnötig, es fehlt jedoch das zwischenmenschliche Miteinander, was am Ende unsere Parteitage auch ausmachen.

Dennoch haben wir gemeinsam ein gutes und progressives Bundestagswahlprogramm auf den Weg gebracht.

Das zentrale Thema: Soziale Gerechtigkeit – egal ob beim Klima, der Vermögenssteuer oder im Gesundheitssystem.

Gemeinsam gehen wir mit der Forderung nach höheren Renten, einer Vermögensabgabe und der Abkehr von Hartz IV in den Wahlkampf. Das vom Parteivorstand entworfene und durch viele gute und weniger gute Änderungsanträge ausdifferenzierte Programm erhielt auf dem digitalen Parteitag eine Zustimmung von gut 88 Prozent.

Im Unterschied zu den Programmen anderer Parteien stellen wir erneut in einem eigenen Kapitel „Selbstbewusster Osten – Ostdeutsche Interessen stärken“ unsere historische Bedeutung, eine ost-

deutsche Interessenvertretung dar.

Auch für mich persönlich war gerade dieses Kapitel spannend, so durfte ich als Vertreter der LINKE Landtagsfraktion in Thüringen in der Arbeitsgemeinschaft Ost der Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktionen an diesem Kapitel mitarbeiten.

„Ostdeutschland verdient mehr: mehr Selbstbewusstsein, mehr Sichtbarkeit, mehr Respekt, mehr Ehrlichkeit“ lautet es in der Einleitung des Kapitels.

Ostdeutschland steht für den Lebensmut verschiedener Generationen. Viele, gerade unter den Jüngeren, sind nicht mehr gewillt, die strukturellen Benachteiligungen hinzunehmen und die Probleme im Osten zu beschweigen. Viele kennen das Gefühl, dass die eigenen Fähigkeiten und Leistungen – oder die der Eltern – nicht anerkannt werden. Fast jede*r Zweite im Osten fühlt sich in seiner oder ihrer Arbeit nicht wertgeschätzt. Ostdeutsche Beschäftigte waren lang bereit, Leistung auch unter harten Bedingungen zu erbringen und eigene Interessen zurückzustellen: im Interesse des Betriebs und mit Blick auf die für alle schlechteren Perspektiven im Osten. Die verlorenen Kämpfe gegen die Treuhand steckten vielen lange in den Knochen. Jetzt wächst wieder die Bereitschaft zu streiken und zu kämpfen. Der Kampf geht um mehr als »nur« die Lohnhöhe und Arbeitsplätze: Streiks sind zum Symbol geworden für Gerechtigkeit, Anerkennung, mehr Mit- und Selbstbestimmung. Sie kämpfen für die eigenen Rechte, den Eigen-Sinn des Ostens und einen Aufbruch Ost.

Fortsetzung S.3

DIE LINKE ist den Erfahrungen und den Kämpfen der Menschen in Ostdeutschland verbunden. Wir sind die Stimme des Ostens.

Doch unser Programm ist natürlich umfangreicher:

Das gesetzliche Rentenniveau wollen wir auf 53 Prozent anheben. Anstatt der Rente ab 67 sollen Arbeitnehmer*innen wieder spätestens mit 65 Jahren ohne Abschläge in Rente gehen können. In eine "Solidarische Erwerbstätigenversicherung" sollen auch endlich Abgeordnete, Selbstständige und Beamte einzahlen.

Die Wochenarbeitszeit wollen wir auf 30 Stunden reduzieren, den gesetzlichen Urlaubsanspruch von derzeit 24 auf 36 Tage erhöhen. Der Parteivorstand hatte hier 30 Tage vorgesehen, allerdings setzte sich ein Änderungsantrag durch.

Des Weiteren kämpfen wir für eine Vermögensteuer mit einem progressiven Tarif und einem Freibetrag für Privatvermögen von einer Million Euro. Als Eingangssteuersatz wird ein Satz von einem Prozent vorgeschlagen. Der Höchstsatz von fünf Prozent soll ab 50 Millionen Euro greifen. Zur Bewältigung der Corona-Krise schlagen wir eine Vermögensabgabe vor, die auf Nettovermögen von über zwei Millionen Euro erhoben werden soll. Die Abgabe soll progressiv von zehn bis 30 Prozent gestaffelt und 20 Jahre lang über Raten abgezahlt werden.

Deutschland soll bis spätestens 2035 klimaneutral sein. Bereits bis 2030 müssten die Emissionen um mindestens 70 Prozent im Vergleich zu 1990

gesenkt sein.

Der Kohleausstieg soll spätestens bis 2030 erreicht werden.

Gemeinsam setzen wir uns für einen Mietendeckel im gesamten Bundesgebiet ein. Durch eine neue "Wohnungsgemeinnützigkeit" wollen wir die Förderung und steuerliche Vergünstigungen dauerhaft an Mietobergrenzen binden. Den sozialen Wohnungsbau mit 15 Milliarden Euro jährlich fördern.

Zuletzt setzte sich auch eine Forderung durch, woraufhin wir gemeinsam die Sektkorken knallen lassen können: Wir fordern die Abschaffung der Schaumweinsteuer. Diese wurde einst vom deutschen Kaiser zur Finanzierung der Kriegsflotte eingeführt, sicher obsolet – also Prost Genossinnen und Genossen!

Gemeinsam mit unserem Kandidaten Sandro Witt haben wir also viele verschiedene Themen, die ihr auf unseren Internetseiten und bald auch im gedruckten Wahlprogramm nachlesen könnt.

Ich freue mich, mit euch gemeinsam in einen Wahlkampf gehen zu dürfen, in dem wir nicht nur für unsere guten Positionen kämpfen, sondern auch dafür, dass Hans-Georg Maaßen mit seinen rechten und antisemitischen Positionen nicht für unseren Wahlkreis in den Bundestag einzieht.

Lasst es uns angehen!

Patrick Beier, MdL

Zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941

Stellungnahme der Historischen Kommission vom 12. Juni 2021

Am 22. Juni 1941 überfiel Deutschland die damalige Sowjetunion und entfesselte einen bis dahin beispiellosen Vernichtungskrieg, der 27 Millionen Sowjetbürgern das Leben kostete und unvorstellbares Leid und Zerstörung über das Land brachte.

Die Historische Kommission der Partei DIE LINKE erneuert und bekräftigt die Feststellungen und Schlussfolgerungen, die sie in der Erklärung zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion im Jahr 2001 dokumentiert hat. Die Geschehnisse der vergangenen zwanzig Jahre

machen es jedoch erforderlich, auf Entwicklungen hinzuweisen, die in offensichtlichem und krassem Widerspruch zu den Lehren stehen, die die Geschichte heutigen und künftigen Generationen erteilt hat.

Die Erfahrungen des Kampfes gegen die deutschen Aggressoren, das unvorstellbare Leid, das dieser Krieg mit sich brachte, aber auch die tatsächliche oder auch nur empfundene Bedrohung des eigenen Landes durch das zeitweise Atomwaffenmonopol der USA im darauf folgenden Kalten Krieg haben in der Sowjetunion ein besonderes Sicherheitsbedürfnis verankert, das bis heute auch die Politik Russlands bestimmt.

Fortsetzung S.4

Der Westen sollte dieses legitime Sicherheitsinteresse Russlands verstehen. Ein solches Verständnis schließt berechnete und möglicherweise sogar notwendige Kritik an Russland und seiner Politik nicht aus. Ziel einer friedensbewahrenden Politik muss Verständigung und nicht Konfrontation sein. Jeder Versuch, Russland als politischen Akteur dauerhaft auszugrenzen, ist letztlich zum Scheitern verurteilt. Er wird die Welt unsicherer, nicht sicherer machen.

Russland sollte als ein integraler Teil der Weltgemeinschaft akzeptiert werden. Eine Politik, die Frieden in der Welt will, muss das Gespräch und die Zusammenarbeit mit Russland suchen. Eine Respektierung und Abwägung gegenseitiger Interessen war selbst in den Jahrzehnten des Kalten Krieges und beidseitiger atomarer Hochrüstung möglich. Wenn heute Nato-Truppen an der Grenze zu Russland aufmarschieren, kann das schwerlich als ein politisches Gesprächsangebot verstanden werden.

Die heutigen Generationen tragen keine Schuld an den Geschehnissen der Vergangenheit. Doch sie stehen in der Verantwortung, dass die Erinnerung an die Verbrechen des deutschen Faschismus und die welthistorische Befreiungstat der Sowjetunion nicht verblasst oder gar verdrängt oder verfälscht wird. Sie stehen in der Verantwortung, dass die Erfahrungen der Vergangenheit in der Politik der Gegenwart Berücksichtigung finden.

Diese Stellungnahme wurde von Dr. Ronald Friedmann verfasst, von der Historischen Kommission am 12. Juni 2021 diskutiert und vom Sprecherrat in der vorliegenden Fassung beschlossen.

Anlage: Zum 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion

Erklärung des Sprecherrates der Historischen Kommission vom 18. Juni 2001

Am 22. Juni 2001 jährt sich zum 60. Male der Tag, an dem die deutsche Wehrmacht in die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken einfiel. Um Staat und Gesellschaft zu zerschlagen und daraus ein riesiges Kolonialimperium zu machen, wurde das größte Aufgebot an Soldaten und an Kriegstechnik

versammelt und eingesetzt. Im Sommer und Frühherbst 1941 sollte der Kriegsgegner militärisch vernichtet sein, um sodann alle Militärmacht gegen Großbritannien und die Vereinigten Staaten von Amerika richten zu können. Der Plan deutscher Machthaber, die Weltherrschaft zu errichten, die deutsche Herrenrasse zu Lasten von Millionen "Untermenschen" wohlleben zu lassen und den Unterjochten nach eigenem Gutdünken Lebensrecht zu gewähren oder zu entziehen, war verbrecherisch. Er führte zu Untaten, deren Aufzählung und Schilderung das Fassungsvermögen eines einzelnen Menschen übersteigt. Der Überfall auf die UdSSR war durch nichts provoziert. Die These vom deutschen Präventivkrieg ist eine Geschichtslüge.

Während des Krieges begingen Angehörige der Einsatzgruppen des SD und der Sicherheitspolizei, von Formationen der SS, der Wehrmacht, der Polizeieinheiten, Beamte deutscher Okkupationsbehörden und Beauftragte deutscher Konzerne massenhaft Verbrechen. Ihre Opfer waren Kriegsgefangene und Zivilisten, Erwachsene, Greise und Kinder, Gesunde, Behinderte und Kranke, Kommunisten und Parteilose, Juden, Atheisten, Christen und Angehörige anderer religiöser Bekenntnisse und Überzeugungen, Menschen verschiedenster Völker und Nationen des geschundenen Landes. Der Verweis auf Stalin, auf sein Regime und die folgenschweren Gewalttaten, die in den Vorkriegsjahren und bei Kriegsbeginn in der Sowjetunion an Bürgern des eigenen Landes begangen worden waren, nehmen den Untaten der deutschen Eroberer, ihrer Verbündeten und Kollaborateure kein Jota an Scheußlichkeit und Barbarei. Nichts kann die Schuld der Täter und die Mitschuld und Verantwortung derer, die ihr Wüten begünstigten, schmälern. Wäre Gleiches mit Gleichem vergolten worden, was wäre von Deutschland geblieben?

Es ist daran zu erinnern, dass Soldaten und Zivilisten des überfallenen Landes in einer fast übermenschlichen Anstrengung nicht nur ihr Land von den Aggressoren befreiten, sondern einen entscheidenden Anteil an der Niederschlagung der faschistischen Staatenkoalition hatten. Sie errangen den Sieg gemeinsam mit den Soldaten der anderen Armeen der Antihitlerkoalition, mit Partisanen, Widerstandskämpfern und Antifaschisten vieler Länder. Die Truppen der Sowjetarmee haben auf ihrem schweren Wege von Moskau nach Berlin auch maßgeblich das Tempo bestimmt, in dem der Zweite Weltkrieg zu Ende ging. Es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, was geschehen wäre,

Fortsetzung S.5

hätte der Krieg auch in Europa bis zu jenem Zeitpunkt gedauert, da die ersten Atombomben als Waffen eingesetzt werden konnten.

Die Schändung von Grabstätten und Denkmälern, mit denen an den Kampf und an den Tod der Soldaten der Sowjetarmee erinnert wird, muss jeden anständigen Bürger mit Abscheu erfüllen. Wir setzen uns für deren Erhaltung, Achtung und Pflege ein. Sie sind Erinnerungszeichen an die Zerschlagung des Naziregimes, die den Deutschen erst wieder die Chance gab, über ihre Zukunft selbst zu bestimmen.

Wir erinnern auch an jene deutschen Soldaten, die auf dem Vormarsch, wie während der Rückzüge und der Flucht, auf dem Wege in die Kriegsgefangenenlager oder in ihnen umkamen. Unter ihnen waren begeisterte Nazis, fanatische Landsknechte, gläubige oder gedankenlose Mitläufer und sogar Hitlergegner. Millionen Deutsche büßten für politische Fehlentscheidungen, die sie selbst oder ihre Eltern 1932/33 getroffen hatten. Auch Stätten, die an den Kriegstod von Deutschen erinnern, sind deshalb Orte der Mahnung und der Besinnung.

Die Zeitgenossen des Zweiten Weltkrieges, die

heute in der Bundesrepublik noch leben, und die Nachgeborenen, die keine Schuld trifft, sollten sich einen nüchternen Blick auf die Tatsachen nicht von denen trüben lassen, die ihnen mit der Floskel "Die anderen auch" daherkommen oder meinen, es sei alles Geschehene vergolten oder wieder gut gemacht und daher nicht mehr erwähnenswert. Die einzig wirkliche "Wiedergutmachung" besteht darin, dass Ähnliches nie wieder durch Deutsche geschieht. Die beschämende Auseinandersetzung um die Entschädigung der Zwangsarbeiter, von der die osteuropäischen anfangs ganz ausgeschlossen bleiben sollten, stellt jene bloß, die sich ihrer Verantwortung nur zu gern entziehen möchten. Der Jahrestag des Überfalls ist ein Anlass, sich Tatsachen und Schlussfolgerungen aus diesem Teil deutscher Vergangenheit erneut oder erstmals bewusst zu machen.

Der 22. Juni 2001 erscheint uns als ein geeigneter Tag, an die politischen und moralischen Verpflichtungen zu erinnern, die den Deutschen aus Faschismus und Krieg erwachsen.

Historische Kommission
c/o Dr. Ronald Friedmann
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
historische.kommission@die-linke.de

FRIEDRICH ENGELS – 200. Geburtstag

(Teil 3)

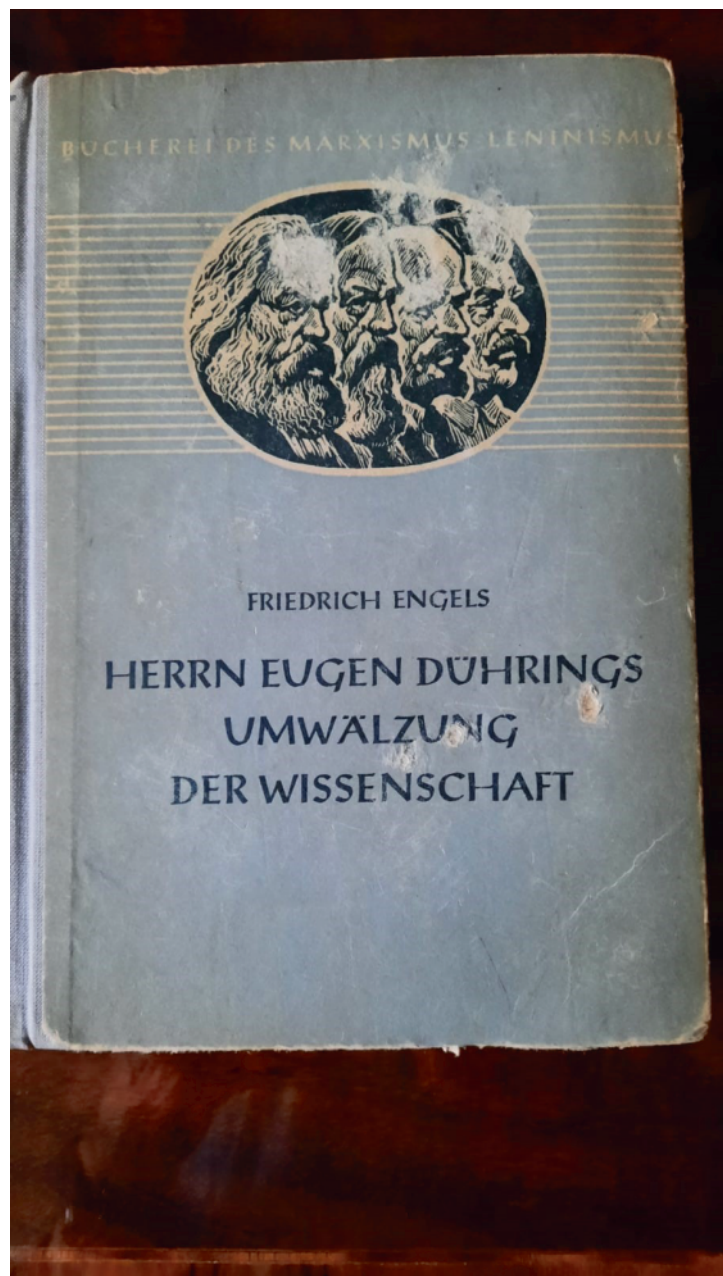
Nach der niedergeschlagenen 48er Revolution, dem Scheitern der Reichsverfassungskampagne und nach seiner Flucht in die Schweiz reist Engels per Schiff von Genua nach London und bleibt bis zu seinem Lebensende in England.

Diese Jahre von 1850 bis 1895 sind besonders von zwei großen Schaffensbereichen geprägt: der Mitarbeit und Wirkung innerhalb der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und der Schaffung der wissenschaftlichen Grundlagen für den Kampf der Arbeiterklasse und für den Sozialismus. Hauptberuflich aber war Engels bis etwa 1870 in der väterlichen Firma angestellt. Dort in Manchester war er u. a. Assistent des Geschäftsführers, Teilhaber und Prokurist. Aus dieser konkreten Kenntnis der kapitalistischen Industrie und Gesellschaft, der Tatsache, selbst der kapitalistischen Klasse anzugehören, schöpfte er sein Wissen und die tiefe Überzeugung, dieses System der Ausbeutung auf revolutionärem Weg zu beseitigen, und zwar durch die Arbeiterklasse. Gleichzeitig ermöglichte ihm diese Seite seines Lebens mit dem damit verbundenen Geld, großzügig in Not geratene Freunde,

besonders die Familie Marx, und die Arbeiterbewegung zu unterstützen. So kann Paul Lafargue, Marx' Schwiegersohn, über ihn schreiben: „War er für seine Person auch Haushälterisch und machte bloß solche Ausgaben, die er für unbedingt nötig hielt, so war er doch von unbegrenzter Freigebigkeit gegenüber der Partei und den Parteigenossen, die in der Not sich an ihn wendeten.“

1870 stirbt der Vater. „Erst mit 50 Jahren gelang es“ Engels, „unter Überwindung der größten Schwierigkeiten sich von dem verhaßten 'Schacher', dem 'Scheißhandel', dem 'hündischen Commerce', wie er es nannte, frei zu machen.“ Er zieht nach London, Marx' Tochter Eleanor Marx-Aveling schreibt darüber: „Täglich während der nächsten zehn Jahre kam Engels zu meinem Vater, häufig gingen sie miteinander spazieren, und ebenso oft blieben sie daheim und gingen in meines Vaters Zimmer auf und ab... Hier diskutierten sie über mehr Dinge, als sich die Philosophie der meisten Menschen träumen läßt,

Fortsetzung S.6



und nicht selten gingen sie auch lange schweigend nebeneinander auf und ab. Oder aber jeder sprach von dem, was ihn gerade hauptsächlich beschäftigte, bis sie sich gegenüberstanden und mit lautem Lachen einander gestanden, daß sie die letzte halbe Stunde ganz entgegengesetzte Pläne erwogen hatten.“

Engels und Marx verfolgten sehr aufmerksam und kritisch die Entwicklung der Arbeiterbewegung, gaben persönliche und schriftliche Unterstützung, führten einen äußerst umfangreichen Briefwechsel mit vielen Gleichgesinnten in fast allen europäischen Ländern, in Amerika und Asien. Vor allem Engels arbeitete direkt in verschiedenen Gremien mit, z. B. war er mit seiner zweiten Frau Lizzy Burns seit 1865 Mitglied der I. Internationale (64 gegründet), nahm an internationalen Kongressen teil, begleitete mit seinen und Marx' Arbeiten die

Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach (1869) und der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (1875 in Gotha). Marx' „Randglossen“ - die Kritik des Gothaer Programms – „waren nach dem 'Manifest' und dem 'Kapital' das wichtigste theoretische Dokument des Marxismus“. Engels befasst sich intensiv und wiederum sehr kritisch mit dem Programmwurf des Erfurter Parteitages (1890), die Partei nimmt den Namen Sozialdemokratische Partei Deutschlands an. Zu seiner eigenen Haltung schreibt Engels 1894: „Man wird bemerken, daß ... ich mich durchweg nicht einen Sozialdemokraten nenne, sondern einen Kommunisten. Dies, weil Leute sich Sozialdemokraten nannten, die keineswegs die Übernahme sämtlicher Produktionsmittel durch die Gesellschaft auf unsere Fahnen geschrieben hatten“. Bereits ein Jahr zuvor wurde in Paris die II. Internationale gegründet, Engels hat dafür eingehend August Bebel, Paul Lafargue, Wilhelm Liebknecht u. a. beraten. Mit Fug und Recht wurden und werden also Engels und Marx als die Führer der internationalen Arbeiterbewegung bezeichnet.

Seit 1850 widmet sich Engels intensiv der wissenschaftlichen Arbeit, immer wieder in Abstimmung mit Karl Marx. Zu nennen sind hier z. B. „Dialektik der Natur“, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“ („Anti-Dühring“), „Zur Geschichte und Sprache der deutschen Frühzeit“, „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“, „Der deutsche Bauernkrieg“, „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“, „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie“. Nach Marx' Tod bereitet Engels die Herausgabe von dessen 2. Band „Das Kapital“ vor, erarbeitet anhand Marxscher Manuskripte dessen 3. Band (zwischen 1885 und 1894), der 1894 erscheint. Der von ihm geplante 4. Band des „Kapitals“ - „Theorien über den Mehrwert“ kommt nicht mehr zustande. Anfang 1895 beginnt Engels mit der Vorbereitung der Gesamtausgabe der Werke von Marx und seiner eigenen Arbeiten. Von der SED und der KPdSU wurde seit 1960 die 2. MEGA-Ausgabe (Marx-Engels-Gesamtausgabe) herausgegeben, bis 1991/92 insgesamt 40 Bände. Seitdem wird das Vorhaben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung in Amsterdam fortgeführt.

Vor allem mit der „Dialektik der Natur“ und dem „Anti-Dühring“ entwickelt Friedrich Engels den dialektischen und historischen Materialismus, zwei Grundpfeiler des Marxismus. Bereits 1873 beschließt Engels, ein Buch über die Dialektik der Natur zu schreiben, forscht vor allem im Bereich der Naturwissenschaften und der Mathematik,

Fortsetzung S.7

schreibt bis 1875 vorbereitende Entwürfe, muss jedoch diese Arbeiten unterbrechen, um sich seinem anderen großen Werk, dem „Anti-Dühring“ zu widmen, der 1878 in nur zwei Monaten entsteht. Dieses Buch ist Engels' harte Kritik an den Auffassungen Eugen Dührings, der damals auch in der deutschen Arbeiterbewegung mit seinen pseudo-wissenschaftlichen Ansichten viel Anklang fand. Dühring war ein „Vertreter des reaktionären, kleinbürgerlichen Sozialismus, ... Vulgärmaterialist, ... entschiedener Antisemit“. Der „Anti-Dühring“ und die leider nur Fragment gebliebene „Dialektik der Natur“ stellen die erste systematische Gesamtdarstellung des Marxismus dar. Etliches in beiden Werken fußt auf Erkenntnissen der klassischen deutschen Philosophie, besonders der Auffassungen Kants und Hegels, dem die Dialektik ein wesentliches Grundprinzip war. Bei Engels finden wir umfangreiche Erörterungen zur Materie und der Bewegung als ihrer Daseinsweise, zu den dialektischen Grundgesetzen Negation der Negation, Verhältnis von Quantität zu Qualität, zu Notwendigkeit und Zufall, Kausalität und Wechselwirkung, zur Erkenntnistheorie, um einige wesentliche zu nennen. Neben dem dialektischen Materialismus (Kapitel 1 „Philosophie“) umfasst Kapitel 2 des „Anti-Dühring“, „Politische Ökonomie“ (dieser Abschnitt wurde in großen Teilen von Marx verfasst) und Kapitel 3 „Sozialismus“. Hier wird insbesondere der historische Materialismus in den Mittelpunkt gestellt. Daraus möchte ich einen Bereich herausgreifen: Auch in der letzten Zeit sehen sich Menschen in ihrer Freiheit eingeschränkt, protestieren, machen Stimmung dagegen. Der Freiheitsbegriff spielt seit einigen Jahrhunderten eine große Rolle. Erinnern wir uns der großen Lösung der französischen Revolution „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ In der „Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte“ vom August 1789 heißt es dazu im 4. Artikel: „Die Freiheit besteht darin, alles tun zu können, was anderen nicht schadet.“ Engels schreibt dazu im „Anti-Dühring“ unter „Moral und Recht. Freiheit und Notwendigkeit“: „Hegel war der erste, der das Verhältnis von Freiheit und Notwendigkeit richtig darstellte. Für ihn ist die Freiheit die Einsicht in die Notwendigkeit. 'Blind ist die Notwendigkeit nur insofern dieselbe nicht begriffen wird.' Nicht in der geträumten Unabhängigkeit von den Naturgesetzen liegt die Freiheit, sondern in der Erkenntnis dieser Gesetze, und in der damit gegebenen Möglichkeit sie planmäßig zu bestimmten Zwecken wirken zu lassen. ... Freiheit des Willens heißt daher nichts

andres als die Fähigkeit, mit Sachkenntnis entscheiden zu können ... Freiheit besteht also in der, auf Erkenntnis der Naturnotwendigkeiten gegründeten Herrschaft über uns selbst und über die äußere Natur.“ - Übrigens wurde der „Anti-Dühring“ aufgrund des Sozialistengesetzes 1878 kurz nach seinem Erscheinen in Deutschland verboten.

1883 stirbt der große Freund und enge Gefährte Karl Marx, dessen Grabrede Engels hält: Marx entdeckte „das Entwicklungsgesetz der menschlichen Gesellschaft“ und „das spezielle Bewegungsgesetz der heutigen kapitalistischen Produktionsweise und der von ihr erzeugten bürgerlichen Gesellschaft. ... Die Wissenschaft war für Marx eine geschichtlich bewegende, eine revolutionäre Kraft. ... Marx war vor allem Revolutionär. ... Und deswegen war Marx der bestgehaßte und bestverleumdete Mann seiner Zeit. ... Er mochte noch manchen Gegner haben, aber kaum noch einen persönlichen Feind. ... Sein Name wird durch die Jahrhunderte fortleben und so auch sein Werk!“

Vor Engels steht nun eine riesige „Doppelaufgabe ... Marx zu ersetzen und dessen Testament zu vollstrecken“. (Wilhelm Liebknecht) Das bedeutet u. a. die Herausgabe zahlreicher Nachauflagen von Marx' Werken, die Bände 2 und 3 des „Kapitals“ zu über- bzw. zu erarbeiten und für den Druck vorzubereiten und dadurch eigene Vorhaben aufzugeben. 1895 erkrankt Friedrich Engels an Speiseröhrenkrebs und verstirbt am 5. August. „Seinem Wunsch entsprechend wird die Urne mit Engels' Asche ins Meer versenkt (bei Eastbourne):“

Engels' Resümee: „Alles, was geschieht in der ganzen Welt, geschieht mit Rücksicht auf uns. Wir sind eine Großmacht, von der mehr abhängt als von den anderen Großmächten. Das ist mein Stolz!“ „Allein dafür lohnte es sich, 'gelebt' zu haben und auf die geleisteten 'Arbeiten mit Stolz und Zufriedenheit zurück(zu)blicken.“

Eleonor Marx: „Zu Lebzeiten von Marx sagte er selbst: 'Ich habe die zweite Violine gespielt und glaube es zu einer Virtuosität gebracht zu haben, und ich war verdammt froh, daß ich dabei eine so gute erste Violine hatte wie Marx.' Heute dirigiert Engels das Orchester und ist noch ebenso bescheiden, anspruchslos und einfach, als ob er, wie er selbst sagte, 'zweite Violine spielen würde.“

W. I. Lenin: „Ewiges Gedenken dem großen Denker und Lehrer des Proletariats Friedrich Engels!“

Ingrid Krauss

Die Zitate stammen aus dem „Anti-Dühring“ und „Ich erinnere mich gern“ - Zeitgenossen über Friedrich Engels., Verlag Marxistische Blätter GmbH, Frankfurt am Main 1970



Ronald Hande zum Jahresbericht 2021 des Rechnungshofes

Zur Vorstellung des Jahresberichtes 2021 des Rechnungshofes erklärt Ronald Hande, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Der Jahresbericht bestätigt den haushalts- und finanzpolitischen Kurs der rot-rot-grünen Koalition der letzten Jahre, der geprägt ist durch nachhaltige Investitionen in die Zukunft des Landes und die Tilgung von Schulden.

Insbesondere die Feststellung, dass die Notwendigkeit der Neuverschuldung der Jahre 2020 und 2021 in Anbetracht der aktuellen Lage gerechtfertigt ist, ist Beleg dafür, dass Rot-Rot-Grün Thüringen haushaltspolitisch solide durch die Krise führt. Für künftige Haushalte muss der Hinweis des Rechnungshofes, die Digitalisierung der Verwaltung stärker voranzutreiben, Berücksichtigung finden."

Interview mit Ingrid Krauss

Zur Person: Ingrid Krauss

Beruf: Lehrerin für Deutsch und Geschichte

Ehrenämter: -Mitglied im Landesvorstand VVN – BdA Thüringen
-Patin im Diakonischen Werk des Evangelischen Kirchenkreises Schmalkalden für eine vierköpfige serbische Familie

Ingrid, du bist eine „Uhiesige“, was hat dich nach Schmalkalden geführt und wann warst du dann in Schmalkalden zuhause?

Ich bin 1965 unmittelbar nach meinem Studium (Lehrer für Deutsch und Geschichte) und erst wenige Monate verheiratet nach Schmalkalden gekommen, weil mein Mann Schmalkalder war und hier als Diplomforstingenieur gute Berufschancen hatte.

Die Tatsache, „Uhiesige“ zu sein, in einer Stadt wohnen zu müssen, die für mich etliches sehr mittelalterlich Anmutendes „geboten“ hat, hat mir jahrelang sehr zu schaffen gemacht.

Was viele nicht verstehen können, aber eine Tatsache ist: Schmalkalden ist nie meine Stadt geworden. Das bulgarische Montana, in dem ich sieben Jahre gelebt und gearbeitet habe, steht mir näher. So gesehen fällt es mir leicht, die Stadt zu verlassen.

In Bayern startest du einen Neuanfang. Wer seine Heimat verlassen hat und erlebt hat, wie schwierig es manchmal sein kann, neue Wurzeln zu schlagen, hat sicherlich ein Herz für andere Menschen, die aus ihrer Heimat geflohen sind. Ist das der Grund, dass du dich für Menschen, die Asyl suchen, einsetzt?

Ich fahre schon seit rund zwölf Jahren nach Sulzbach-Rosenberg, einem Städtchen ähnlich Schmalkalden von Größe und Einwohnerzahl, habe eine enge Verbindung zur neuen Familie meiner Tochter, kenne einige andere nette Leute, fühle mich in der Stadt wohl. Einziges Problem: die Sprache: Hier passend zur Fußball-EM: „Öitzt nu vöiamal (viermal) treffen in die letzten drei Minutn und dann höima (haben wir) wenigstns a Unentschieden.“ Ich sage dann immer: „Um oberpfälzisch zu sprechen, brauche ich eine gespaltene Zunge.“

Etliche Bekannte sagen mir: „Einen alten Baum verpflanzt man nicht.“ Stimmt. Aber der Unterschied liegt in dem kleinen Wörtchen „man“. Nicht irgendwer fordert mich auf umzuziehen, vielleicht sogar gegen meinen Willen, sondern ich will es so!

Ich habe schon seit meiner Kindheit das Bedürfnis,



Ingrid Krauss

Die Fragen arbeitete Dagmar Hellfritsch-Schröder aus.
Sie führte auch das Interview.

Tieren oder anderen Menschen zu helfen. Dazu kommt ein sehr starker Gerechtigkeitssinn. In Bulgarien habe ich das Ausgegrenztwerden der Roma erlebt, selbst von Freunden wurde ich wegen meiner Hilfe für sie angegriffen. So war und ist es für mich die normalste Sache der Welt, sich auch hier zuhause für Asylsuchende einzusetzen, ihnen unsere Sprache, denn die ist das A und O, zu vermitteln und ihnen bei den vielen Problemen des Eingewöhntens beizustehen. Und ein wesentlicher Bestandteil meiner Erziehung und meiner heutigen Werte ist die Solidarität.

Politik hat dein Leben mitgeprägt. Sind die LINKEN deine politische Heimat oder eher dein politisches Asyl?

Ich habe das riesengroße Glück gehabt, von 1959

Fortsetzung S.10

bis 1961 die in meinen Augen beste Bildungseinrichtung der DDR, die Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) an der Uni Jena zu besuchen. Dort konnten Jugendliche bis zum 26. Lebensjahr nach abgeschlossener Berufsausbildung in einem zwei- oder dreijährigen Studium die Hochschulreife erwerben. Die ABF war meine politische Heimat. Dort habe ich nicht nur eine umfangreiche fachliche Bildung vor allem im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich, Deutsch und Russisch erhalten, sondern besonders auf politischem, philosophischem und ethischem Gebiet. So wurde ich folgerichtig im Herbst 1960 Kandidat der SED mit zweijähriger Kandidatenzeit.

Blicke ich auf diese rund 60 Jahre zurück, gab es da etliche Höhen und Tiefen, begonnen bei einigen, mir unbegreiflich oder falsch erscheinenden Entwicklungen in der DDR bis hin zu der für mich unsäglichen „Unrechtsstaat“-Debatte vor wenigen Jahren. Bei letzterer habe ich mich intensiv gefragt, ob die LINKE noch meine politische Heimat sein kann oder ob ich aus der Partei austrete. Es war vor allem mein Freund Kurt Pappenheim, der mir die Folgen für mich, aber besonders für unsere Partei in Schmalkalden vor Augen geführt und mich zum Bleiben bewogen hat.

Wie sich das jetzt in Bayern entwickelt, weiß ich nicht. Nach den Angriffen auf die VVN – BdA ist jetzt die Zeitung „Junge Welt“ ins Visier des Verfassungsschutzes geraten, u. a. heißt es in einer Antwort der Bundesregierung dazu: „Die marxistische Ausrichtung der JW wird zusätzlich dadurch belegt, dass die Zeitung sich mit Ideologien von Klassikern des Marxismus-Leninismus als Grundlage für ihre eigenen Bestrebungen befasst.“

Nun bin ich Marxist, Linke, VVN-BdA-Mitglied, Mitglied der Deutsch - Russischen Freundschaftsgesellschaft in Thüringen und Junge-Welt-Leser, sicherlich Superbedingungen für ein Leben in Bayern. Aber Mitglied bleibe ich in Thüringen!

So ein Umzug verlangt, dass man sich die Dinge des Lebens nochmal anschaut, das mögen auch Vorstellungen, Wünsche oder Vorhaben sein. Was wirst du auf alle Fälle mitnehmen und in Bayern weiterleben?

Na auf jeden Fall meine politischen und philosophischen Überzeugungen, auch im katholisch geprägten Bayern bekenne ich mich wie bisher zu meinem Atheismus und dazu, DDR-Bürger gewesen zu sein und das mit Stolz. In meinem Denken und Handeln bin ich neben dem Marxismus stark geprägt durch die deutsche Klassik, den deutschen und italienischen Humanismus, die sozialistische Literatur, insbesondere durch Bertolt

Brecht.

Obwohl mir die Wirklichkeit oft ein entgegengesetztes Bild zeigt, halte ich an meiner und Brechts Grundüberzeugung fest: „Ich glaube an den Menschen, und das heißt, ich glaube an seine Vernunft!“ (B. Brecht „Leben des Galilei“)

Ich hoffe, meine Gesundheit wieder besser in den Griff zu bekommen, etliche gute Jahre mit meiner alten und neuen Familie (mein Bruder und Familie leben auch seit einem halben Jahr in Bayern) zu verbringen, die Verbindung zu meinen Genossen und Freunden in Schmalkalden und ganz besonders in Bulgarien hochzuhalten, aber auch neue Beziehungen zu den Genossen und VVN-Kameraden in Sulzbach-Rosenberg und Bayern zu entwickeln. Und ich möchte im nächsten Jahr meinen 80. Geburtstag frisch, munter, mit gutem Wein und lieben Menschen verleben.

Und was rätst du uns, was wir alle loslassen sollten?

Viele von uns sind stark geprägt von Jahrzehnten unseres Lebens in der DDR. Das sollen wir uns auch keinesfalls nehmen lassen. Dennoch ist die Erkenntnis wichtig, dass wir seit 30 Jahren unter anderen Bedingungen leben, dass der Kapitalismus das Leben leitet und bestimmt, sodass viele unserer politischen Vorstellungen nicht oder noch nicht verwirklicht werden können. In dem alten Kampflied über Florian Geyer heißt es: „Die Enkel fechten's besser aus.“ Lange Zeit war das meine Hoffnung, aber auch die Generation unserer Enkel wird es nicht ausfechten. Die Verwirklichung des Buchenwaldschwurs ist in weite Ferne gerückt, der kalte Krieg bestimmt wieder die deutsche, europäische und Weltpolitik.

Es sind die kleinen Schritte, die unser Land etwas verändern können, vieles davon finden wir im Landtagswahlprogramm. Loslassen müssen wir von unseren hohen Zielen einer echten sozialistischen Gesellschaft. Ich weiß nicht, ob und wann Deutschland oder gar die Menschheit bereit sein wird, die bestehenden Verhältnisse grundlegend zu ändern.

Manches ist wert mitgenommen zu werden, du hast u. a. auch für uns die Gedenkkultur gepflegt. Warum ist es aus deiner Sicht so wichtig, bestimmter Ereignisse regelmäßig zu gedenken?

Ich stamme aus Apolda, unweit von Weimar und Buchenwald gelegen. In der 6. Klasse war ich zum ersten Mal in Buchenwald zum Gedenktag der Selbstbefreiung. Seitdem gehört solches Gedenken zu meinem Leben; Schule, Studium und mein Wirken als Geschichtslehrer waren dafür sehr ausschlaggebend.

Fortsetzung S.11

Es gehört m. E. zu den grundlegenden Aufgaben einer Nation, sich der großen progressiven Ereignisse ihrer Geschichte zu erinnern, aber sich ebenso auch zu verbrecherischen Geschehnissen zu bekennen, und da hat die Bundesrepublik eine Unmenge aufzuholen. Aber auch bei vielen unserer Mitmenschen gerät das immer mehr in Vergessenheit. So wie jetzt die Verbrechen an den Hereros und Namas in die bundesdeutsche Öffentlichkeit gelangen (ich habe das schon 1956 in der 8. Klasse im Geschichtsunterricht erfahren), sind vor allem der vom deutschen Faschismus ausgehende 2. Weltkrieg, dessen Opfer sowie die Folgen für die eroberten Länder, aber auch die Folgen für das deutsche Volk, immer wieder unseren Menschen, insbesondere der Jugend vor Augen zu führen. Gemeinsam hatten Kurt Pappenheim und ich schon vor einigen Jahren Bürgermeister Kaminski unsere konkreten Vorschläge zur Schmalkalder Gedenkkultur unterbreitet. Ich bin sehr froh, dass unser Schmalkalder Bündnis für Demokratie und Toleranz eine Arbeitsgruppe Gedenkkultur geschaffen hat.

Neben dem Blick zurück gibt es auch Herausforderungen für die Zukunft; uns stehen Wahlen bevor, da ist der Klimawandel nicht mehr zu verleugnen, auch die

Gesellschaft verändert sich. Gibt es eine Botschaft für junge Menschen?

Es ist unerlässlich, sich einen kritischen Blick zu bewahren, sowohl der Gesellschaft als auch sich selbst gegenüber, und diese kritische Position auch offen zu äußern, jedoch nicht der bloßen Kritik willen, sondern mit dem Ringen um positive Veränderung. Ebenso wichtig ist das eigene Denken! Natürlich lernt man viel aus den Erkenntnissen anderer.

„Das Denken gehört zu den größten Vergnügungen der menschlichen Rasse“, lässt Bertolt Brecht seinen Galilei sagen. Seit der griechischen Antike verweisen Philosophen, Dichter, Wissenschaftler darauf, dass der Mensch nicht nur in einer Gemeinschaft lebt, sondern auch die Aufgabe hat, sich mit für diese Gemeinschaft einzusetzen, Nehmender und Gebender zu sein. Es genügt keinesfalls, sich zu arrangieren, sondern man muss sich engagieren. Es gibt zu viele, die nur Außenstehende sind, kritisieren, ohne zu ändern. Bildet euch politisch, weltanschaulich, lest nicht nur in den neuen Medien, sondern holt euch Kenntnisse und Erkenntnisse auch bei der Großen der Vergangenheit. Lest „Das Kommunistische Manifest“, Goethes „Faust“, Brechts „Galilei“. Bringt euch mit Wort und Tat ein. Denn: „Die Tat ist alles, nichts der Ruhm!“ (Goethe, Faust II)



Im III.Quartal gartulieren wir:

11.7. zum 60. Kuno Gerischer, Wasungen
 16.7. zum 79. Waltraud Heß, Schmalkalden
 17.7. zum 78. Gina Kulawik, Schmalkalden
 19.7. zum 80. Christel Siegmund,
 Schmalkalden
 30.7. zum 78. Franz Beer, Zella-Mehlis
 20.8. zum 80. Edith Gerth, Schmalkalden
 24.8. zum 70. Reinhard Leser, Schmalkalden
 27.8. zum 79. Beate Hildebrand, Meiningen
 27.8. zum 82. Ursula Meerguth, Meiningen
 30.8. zum 65. Hans-Peter Heller,
 Schmalkalden
 31.8. zum 87. Siegfried Jahns, Zella-Mehlis
 7.9. zum 89. Anni Merta, Meiningen
 10.9. zum 72. Silvia Ruth Weis, Untermaßfeld

16.9. zum 71. Arnd Hoffmann, Meiningen
 16.9. zum 90. Annemarie Römhild,
 Schmalkalden
 18.9. zum 96. Erna Gruner, Schmalkalden
 19.9. zum 79. Kurt Bachmann, Schmalkalden
 19.9. zum 60. Olaf Leffler, Schmalkalden
 20.9. zum 81. Marlies Luck, Schmalkalden
 21.9. zum 81. Ingrid Klee, Breitungen (Werra)
 21.9. zum 87. Christine Krzikalla, Einhausen
 22.9. zum 78. Elke Pudszuhn, Zella-Mehlis
 23.9. zum 70. Thomas Wunderlich, Steinbach-
 Hallenberg
 24.9. zum 79. Heike Gundlach, Zella-Mehlis
 26.9. zum 72. Wolfgang Heinze, Bad Bocklet
 28.9. zum 85. Helga Jahns, Zella-Mehlis

Der Schatzmeister

Die Rhön-Rennsteig-Sparkasse, die nun durch Corona auch besonders „leidet“, hat ihre Konditionen verschärft.

Deshalb bitten wir alle Teilnehmer am Lastschriftinzug, deren Spenden bzw. Beiträge monatlich abgebucht werden und unter 10 € pro Abbuchung liegen, zu prüfen, ob es möglich ist in größeren Zeitabständen abzubuchen: 2, 3, 4, 6 oder 12-monatlich.

Neue SEPA-Einzugsformulare sind jederzeit über die Kreisgeschäftsstelle zu erhalten.

Vielen Dank für Eure Unterstützung



Wir trauern um:

Annerose Göpfert, Neubrunn
 Edgar Koch, Meiningen
 Ruth Kusch, Suhl
 Ilse Schlütter, Zella-Mehlis

Impressum:

DIE LINKE. Schmalkalden-Meiningen

Kreisvorstand, in Verantwortung
 von Patrick Beier (V.i.S.d.P.)
 Tel. (03693) 8853531
 rgeschaefsstelle@die-linke-schmalkalden-
 meiningen.de

www.die-linke-schmalkalden-meiningen.de

Konto:

IBAN: DE04 8405 0000 1706 0135 46
 BIC : HELADEF1RRS

Öffnungszeiten:

Kreisgeschäftsstelle
 Montag 10:00 - 15:00 Uhr
 Donnerstag 14:00 - 19:00 Uhr

Geme auch Termine außerhalb der
 Öffnungszeiten nach Vereinbarung.

Abgeordnetenbüro Patrick Beier (MdL)
 Eleonorenstraße 10
 98617 Meiningen
 Tel.: (03693) 8853530
 Montag 10:00 - 15:00 Uhr
 Donnerstag 14:00 - 19:00 Uhr
 Geme auch Termine außerhalb der
 Öffnungszeiten nach Vereinbarung.

Bürgerbüro Ronald Hande (MdL)
 Hoffnung 11
 98574 Schmalkalden
 Tel.: (03683) 4899927
 Montag
 09:30 - 12:30 Uhr und 14:30 - 16:00 Uhr
 Dienstag
 09:30 - 12:30 Uhr
 Donnerstag
 09:30 - 12:30 Uhr und 14:30 - 16:00 Uhr

Abgeordnetenbüro Philipp Weltzien (MdL)
 Rüssenstraße 19
 98527 Suhl
 Tel.: (03681) 728562

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge
 oder Pressemitteilungen (pm) trägt der Ver-
 fasser die alleinige Verantwortung.
 Nachdruck nur mit Genehmigungen der
 Redaktion.